
/// Erwartungen der Jugend an die Zukunft Europas

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, WOHLSTAND UND STABILITÄT

CHRISTIAN DOLESCHAL /// Europas Zukunft rückt angesichts globaler Herausforderungen in den Fokus. Das europäische Modell und seine Errenschaften geraten unter Druck. Es langfristig zu sichern, ist eine Aufgabe für künftige Generationen. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet uns die einmalige Chance, Antworten auf die Sorgen und Nöte der Menschen, vor allem der Jugend, zu geben und Europa gleichzeitig stärker und widerstandsfähiger zu machen.

Das europäische Modell

Das europäische Projekt steht für die längste Friedensphase auf unserem Kontinent und für das Ende der kommunistischen und faschistischen Regime. Es steht für die Schaffung von Demokratien auf europäischem Boden, für die Verbesserung der Wohlfahrtsysteme und für Millionen von neuen Arbeitsplätzen. Das europäische Modell mit seinen Werten der Menschenwürde, der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der

Unabhängigkeit von Justiz, Medien und Wissenschaft wird weltweit bestaunt. Doch es hat ein Wettbewerb um die Attraktivität des europäischen Modells begonnen. Europa, wie wir es kennen und schätzen, steht unter Druck, und andere Mächte wollen es streitbar machen. Der wirtschaftliche und politische Einfluss anderer Mächte in Europa nimmt zu und unser Wohlstandsversprechen gerät in Konkurrenz. Die Frage, wie unser Europa der Zukunft aussehen wird, rückt in den Fokus. Wie



Quelle: iStock.com/Lyöte_B

Die Jugend braucht das Modell Europa. Darin liegt ihre Zukunft.

wir europäische Erfolge langfristig sichern können, ist eine Aufgabe für junge Menschen und für künftige Generationen.

Nicht immer gelingt es Europa, schnell und gemeinsam auf Krisen zu reagieren und damit die hohen Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Die Transparenz des Entscheidungsfindungsprozesses steht in Frage, Kompetenzkonflikte belasten das System und das

Vertrauen in die Europäische Union scheint zu schwinden. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Europäische Union schon bessere Tage gesehen hat. Der Populismus ist auf dem Vormarsch und einige Nationalstaaten verlieren sich in Einzelkämpfen gegen globale Bedrohungen. Wirtschaftliche Gravitationszentren entstehen am anderen Ende der Welt und Europa droht, hilflos in die Schwerelosigkeit zu fallen.

Die Herausforderungen an Europa sind globaler Natur, die nicht ohne innere Stärke und Zusammenhalt bestreitbar sind. Die Idee eines geeinten Europas muss stärker von globaler Ausrichtung geprägt sein, ohne interne Angelegenheiten zu vernachlässigen. Institutionelle und strukturelle Reformen sind dafür unumgänglich.

Das europäische Modell steht unter DRUCK.

Europa muss demokratischer werden

Die europäische Geschichte ist geprägt von Kriegen und Revolutionen, vom Kampf um die Vorherrschaft politischer Systeme. Die Werte der repräsentativen Demokratie und der politischen Debatte sollten gerade von uns Europäern hochgehalten werden. Seit der Nachkriegszeit und dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich die Parlamente als wichtigstes Sprachrohr der Bürger bewährt und sind fest in unserer Kultur verankert. Für die Zukunft Europas ist es wichtig, diese Geschichte fortzuschreiben und Europa angesichts der großen Herausforderungen noch demokratischer zu gestalten. Dazu gehört die Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Recht für Gesetzesinitiativen und die primärrechtliche Verankerung des Spitzenkandidatensystems für die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission.

Die Fortschreibung der demokratischen Erfolgsgeschichte Europas ist jedoch kein Selbstzweck. Das Scheitern des Spitzenkandidatensystems aufgrund seines unverbindlichen Charakters als „soft law“ bei der Europawahl 2019 hat vor allem in Bayern und Deutschland tiefe Spuren hinterlassen und das Vertrauen in die demokratische Legitimation der europäischen Institutionen geschwächt. Kräften, die Parlamente und demokratische Institutionen delegitimieren und in Frage stellen wollen, muss entschieden entgegen gewirkt werden. Das Vertrauen der Bürger in Europa und die EU-Kommission als sein Exekutivorgan wird nur dann gestärkt, wenn das Wahlsystem auch hält, was es verspricht.

Wir haben im Vorfeld der Wahl den Eindruck vermittelt, der Spitzenkandidat würde im Falle einer erfolgreichen Wahl auch sein Amt antreten dürfen. Diese

beim Bürger geweckte Erwartungshaltung muss bestätigt werden, da Europa ansonsten an Glaubwürdigkeit verliert. Dafür ist es notwendig, dass sich Spitzenkandidaten für die Kommissionspräsidentschaft einem demokratischen Nominierungsverfahren in ihren Parteien unterziehen und sich nur so nach der Wahl auch der Unterstützung in den Gremien und dem Parlament gewiss sein können. Dem Bedürfnis und dem Wunsch der jungen Menschen nach einem demokratischeren Europa muss Rechnung getragen werden. Die Jugend fordert ein Ende der Hinterzimmerpolitik.

Europa muss transparenter und DEMOKRATISCHER legitimiert werden.

Es ist allen klar, dass Europa vor großen Aufgaben steht. Manche gehen sogar regelmäßig auf die Straße, weil die Herausforderungen nicht energisch genug angegangen würden. Andere hingegen fühlen sich von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sowie deren Geschwindigkeit regelrecht überfordert. Um den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam anzugehen, werden wir mehr finanzielle Mittel und Kompetenzen auf europäischer Ebene benötigen. Auch darum brauchen wir eine stärkere demokratische Legitimation.

Europa muss wettbewerbsfähiger werden

Eine zentrale Frage für die Zukunft Europas ist, wie wir unseren Wohlstand

und unseren Einfluss in einer Welt erhalten können, in der wir demografisch und wirtschaftlich immer weniger Gewicht haben. Während wir Europäer zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch knapp ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachten, sind es heute nur noch 7 Prozent, und bis Mitte des Jahrhunderts wird dieser Anteil weiter sinken. Auch unser Anteil an der Weltwirtschaftsleistung ist rückläufig und liegt jetzt bei weniger als einem Viertel. Gleichzeitig erbringen wir aber die Hälfte der weltweiten Sozialleistungen.

Die Schwellenländer, allen voran China, beanspruchen immer mehr Einfluss. Dass die Bandenwerbung bei der Fußball-Europameisterschaft im vergangenen Sommer von chinesischen Marken dominiert wurde, dass Smartphones entweder aus Kalifornien oder Ostasien stammen und dass die großen digitalen Plattformen wie Facebook oder Alibaba nicht auf unserem Kontinent angesiedelt sind, bleibt bei jungen Menschen nicht unbemerkt.

Der Eindruck, dass Deutschland und Europa den Anschluss an die Weltspitze verloren haben, verfestigt sich, vor allem in innovativen Wirtschaftsbereichen. Stattdessen entwickeln sich am anderen Ende der Welt wirtschaftliche Gravitationszentren, die unsere Produktivität, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand herausfordern. Europa muss wettbewerbsfähiger werden, wenn es in Zukunft nicht zum Spielball anderer Mächte werden will. Mehr denn je benötigen wir daher einen echten digitalen Binnenmarkt und Investitionen in die europäische Forschung und Entwicklung.

Europa muss den Wohlstand nachhaltig sichern

Eine große Krise, an die sich viele junge Europäer erinnern, ist die Finanzkrise

von 2008. Sie war eine echte Bewährungsprobe für die EU, die sie glücklicherweise bestanden hat. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind jedoch in Ländern wie Griechenland noch immer zu spüren. Die Lehre daraus ist, dass Europas Wohlstand nur dann langfristig gesichert ist, wenn wir eine finanziell nachhaltige und stabile Wirtschafts- und Währungsunion aufrechterhalten, in der Verantwortung und Haftung für Staatsausgaben nicht auseinanderklaffen. Nur so lassen sich zwischenstaatliche Fehlanreize und ein gefährliches Schuldenmanagement vermeiden. Die zukünftigen Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn die Finanzarchitektur der EU auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der Subsidiarität und der Eigenverantwortung beruht.

Die Europäische Gemeinschaft braucht eine **STABILE** Wirtschafts- und Währungsunion.

Doch diese Prinzipien geraten unter Druck. Investitionen zur Stabilisierung der Wirtschaft sind zweifellos notwendig. Doch auch der Ruf nach einer schnellen grünen Transformation wird lauter. Die Corona-Pandemie war und ist eine große Herausforderung für Europa. Der einzigartige solidarische Akt der EU-Kreditaufnahme zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie war richtig und wichtig. Dass einige politische Kräfte eine Debatte über seine

Verstetigung führen, ist jedoch gefährlich. In ähnlich gefährlicher Weise stellt sich die Überprüfung der Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspakts dar. Auch hier zeichnet sich eine Debatte über die Aufweichung der europäischen Schuldenregeln und schlussendlich über die Zukunft und Stabilität unseres gemeinsamen Währungsraums ab.

Es scheint, dass der Zeitgeist mehr und mehr von Verschuldung beherrscht wird. Schulden werden als Kredite und schlussendlich als Zukunftsinvestitionen betitelt. Seit der großen Finanzkrise ist die weltweite Verschuldung jedoch um mehr als ein Drittel auf ein Rekordniveau angestiegen. Dieser globale Trend zu einer unaufhaltsam steigenden Verschuldung belastet vor allem junge Menschen und bleibt ihnen nicht verborgen. Gleichzeitig rücken Themen wie Altersvorsorge, Rente und langfristige Stabilität immer mehr in den Fokus von Erstwählern. Der Wunsch der jungen Menschen nach Stabilität und Nachhaltigkeit verlangt nach einem stabilen finanzpolitischen Kompass. Für die Zukunft Europas ist es unumgänglich, sich auf allen Ebenen mit dem Phänomen der Verschuldung auseinanderzusetzen, denn selbst die Haushalte von Bund und Ländern sind in letzter Zeit enorm gewachsen.

Wettbewerbsfähigkeit und langfristiger Wohlstand hängen neben notwendigen Investitionen eben auch von einem stabilen Finanzsystem und schlanken, belastbaren Haushalten ab. Das Vertrauen in die Politik wächst nicht, wenn Verfassung und Verträge durch haushaltspolitische Tricks untergraben werden. Die Politik muss den mühsamen Weg des Abwägens gehen und endlich wieder Prioritäten setzen, statt zu versuchen, alle Interessensgruppen zu-

Die zunehmende **SCHULDENPOLITIK ist keine Investition in die Zukunft.**

frieden zu stellen. Die Politik muss den Wert privater Investitionen neu bewerten und sich nicht zum ersten und wichtigsten Akteur erklären. Die Politik muss wieder lernen, mit weniger auskommen, Effizienz zu zeigen und Kreativität zu fördern. Nur so können wir auch junge Menschen für Politik und die europäische Idee begeistern. ///



Quelle: Martin Lahousse

/// CHRISTIAN DOLESCHAL, MDEP
ist Vorsitzender der Jungen Union Bayern.